



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

Rückfragen:
CDU-Kreistagsfraktion
Geschäftsstelle Kreishaus
53721 Siegburg

Ruf (02241) 6 97 77
E-Mail: kontakt@cdu-fraktion-rsk.de
Internet: www.cdu-fraktion-rhein-sieg.de

26.05.2021

Pressemitteilung

Beeinträchtigte Menschen und ihre Angehörigen brauchen angemessene Unterstützung

Mit einer Anfrage zur aktuellen Beratungs- und Lebenssituation beeinträchtigter Menschen im Kreisgebiet haben sich die Fraktionen von CDU und GRÜNEN an die Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises gewandt. Hintergrund der Anfrage ist das 2017 in Kraft getretene Bundesteilhabegesetz (BTHG). Das BTHG hat zum Ziel, beeinträchtigten Menschen mit einer insgesamt vierstufigen Reform des Behindertenrechts bis zum Jahr 2023 eine vollständige und gleichberechtigte Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

„Das Anliegen des Bundesteilhabegesetzes ist eindeutig“, meint Andreas Sonntag, inklusionspolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion. „Menschen mit Beeinträchtigungen müssen genauso teilhaben und selbstbestimmt leben können wie alle anderen. Dieser nach jahrelangen Diskussionen endlich allgemein anerkannte Denkansatz bedeutet aber auch einen hohen Bedarf an Beratung und Unterstützung der betroffenen Menschen, und zwar möglichst aus einer Hand vor Ort“, pflichtet ihm Michael Solf, Kreistagsabgeordneter und Sprecher für Inklusion der CDU-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland (LVR) bei. „Mit unserer Anfrage wollen wir die aktuelle Beratungssituation der Betroffenen im Rhein-Sieg-Kreis genauer unter die Lupe nehmen und eventuell bestehenden Handlungsbedarf ausfindig machen“, so Sonntag abschließend.

Zentrales Anliegen der schwarz-grünen Koalition ist neben der Frage nach der Beratungssituation ebenfalls eine Abfrage der aktuellen Wohn- und Arbeitssituation beeinträchtigter Menschen im Rhein-Sieg-Kreis. Denn nur wenn ausreichend Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung vorhanden sind und ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht, kann ein selbstbestimmtes Leben dauerhaft ermöglicht werden. Die Anfrage soll bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit beantwortet werden.